



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 08.12.2021

An
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der SPD-Ratsfraktion
zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 16.12.2021**

Betrifft:

Haushaltsantrag der SPD-Ratsfraktion: Kommunale stationäre
Altenpflegeeinrichtungen auf den Weg bringen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Ratsfraktion bittet Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 16. Dezember 2021 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Antrag:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, im nächsten Jahr mit der Planung von kommunalen, stationären Altenpflegeeinrichtungen mit integrierter Kurzzeit- und Tagespflege in städtischer Regie zu beginnen und entsprechende Planungsmittel im Haushalt 2022 ff. bereitzustellen.

Begründung:

Seit vielen Jahren weist die Pflegebedarfsplanung der Landeshauptstadt Düsseldorf ein hohes Defizit von Plätzen im Bereich der stationären Pflegeeinrichtungen aus. So fehlen aktuell nach Berechnungen des Amtes für Soziales und des Amtes für Statistik für die kommenden Jahre rund 1.000 Pflegeplätze. Das entspricht mehr als sechs Einrichtungen.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, hatte der frühere Oberbürgermeister Thomas Geisel die Vertreterinnen und Vertreter der Liga Wohlfahrt Düsseldorf, den Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienstleistungen e.V. die Beigeordnete für Planung und Stadtentwicklung Frau Zuschke, den Stadtdirektor und Sozialdezernent Herrn Hintzsche sowie die zuständigen Fachämter zu zwei interdisziplinären Pflegegipfeln eingeladen, um mit ihnen gemeinsam die Lage zu diskutieren und die Schaffung von neuen stationären Pflegeplätzen voranzubringen.

Nach dem Wechsel im Oberbürgermeisteramt hat Oberbürgermeister Dr. Keller die Pflegegipfel fortgeführt und ein weiteres Gespräch hat stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Gipfel sind aus Sicht der SPD-Ratsfraktion bisher leider nicht zielführend und es gibt bisher noch keine konkreten Vereinbarungen, wie das bekannte Defizit an stationären Plätzen abgebaut werden soll.

Im Jahr 2019 hat auf Antrag der SPD-Ratsfraktion im Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Verwaltung geprüft, ob und unter welchen Bedingungen die Stadt selber durch Bau und Betrieb eigener kommunaler Altenpflegeeinrichtungen das vorhandene Defizit kompensieren kann.

Die Ergebnisse dieses Prüfauftrages wurden dem Ausschuss auf einer Dialogveranstaltung vorgestellt und haben deutlich gemacht, dass der Betrieb kommunaler Einrichtungen, wie auch in anderen Kommunen praktiziert, als Ergänzung zu den Angeboten der anderen Träger möglich und sinnvoll ist.

Vor diesem Hintergrund stellt die SPD-Ratsfraktion den Antrag, die Landeshauptstadt im Sinne der Daseinsvorsorge zu beauftragen, selbst in der stationären Pflege tätig zu werden und ergänzend zu den Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern mit der Planung stationärer Altenpflegeeinrichtungen zu beginnen, um dazu beizutragen, die aufgezeigte Versorgungslücke in den nächsten Jahren zu schließen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner

Thema	Produkt/ Maßnahme	Zeile	Konto	Haushaltsjahr			
				Beträge in EUR Verbesserung (+)/ Verschlechterung (-)			
				2022	2023	2024	2025
Planungsmittel für kommunale stationäre Altenpflegeeinrichtungen							